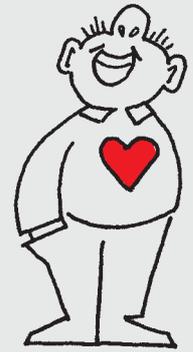




MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

1, 2 / 2012

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Lang ist es her ...!



Liebe Leserinnen und Leser,
lang ist es her, aber immer noch nicht entschieden!

Am 04.07.2008 fasste die SVV Forst den Beschluss zur Strategischen Ausrichtung der Stadtwerke Forst GmbH. Mit diesem Beschluss wurden 74,9% der Anteile unserer Stadtwerke an die GASAG verkauft. Gemeinsam mit vielen Bürgern haben wir LINKE ein Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Stadtwerke initiiert und am 26.08.2008 wurden 2394 Unterschriften der Stadtverwaltung übergeben. Ziel war es, die Bürger der Stadt Forst über den Verkauf der Stadtwerke entscheiden zu lassen und damit den Beschluss der SVV aufzuheben. Die Stadtverordnetenversammlung hat dann am 12.09.2008 über die Zulässigkeit dieses Bürgerbegehrens entschieden. Da unsere Stadtverordneten Ingo Paeschke, Heinz-Peter Bischoff und Horst Beier als Mitinitiatoren des Bürgerbegehrens auftraten, wurden sie vom Bürgermeister als befangen erklärt und durften an der Abstimmung nicht teilnehmen. Dagegen hatten wir am 14.10.2008 Klage beim Verwaltungsgericht Cottbus eingereicht. Nach nunmehr fast drei Jahren gibt es ein Urteil. In dieser Sache verhandelte das Verwaltungsgericht Cottbus am 07.12.2011.

Das Urteil: **Der Ausschluss der Stadtverordneten war rechtswidrig und damit ist der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung unwirksam.**

Das Gericht geht in seiner Begründung davon aus, dass die Befangenheit, wie sie in der Kommunalverfassung geregelt ist, einem wirtschaftlichen Hintergrund bzw. individuelle Interessen vorliegen müssen, bei einem allgemeinen politischen Interesse kann nicht eine Befan-

genheit festgestellt werden und zum Ausschluss bei der Entscheidungsfindung führen.

Der komplette Wortlaut des Urteils ist auf der Internetseite:

www.dielinke-lausitz.de/partei/ov_forst nachzulesen.

Was heißt das letztendlich?

Der Bürgermeister hat die Stadtverordneten zu Unrecht als befangen erklärt und sie in ihrer Wahrnehmung als gewählte Vertreter von der Beschlussfassung ausgeschlossen.

Wie der Bürgermeister und die Stadtverordneten mit dem Urteil umgehen, wissen wir noch nicht. Dieses Urteil ist der erste Teil unserer eingereichten Klage. Noch in diesem Jahr soll auch über unsere zweite Klage entschieden werden. Diese befasst sich mit der Frage der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens beim Verkauf der Stadtwerke.

Sicher können wir die Stadtwerke nicht mehr in das Eigentum der Stadt Forst zurückholen. Aber man kann diesen Umgang mit kommunalem Eigentum, mit Eigentum der Bürger der Stadt Forst, nicht einfach kritiklos hinnehmen.

Deshalb ist die Entscheidung wichtig für uns alle.

Inzwischen sind die Stadtwerke in fester Hand der GASAG, strukturiert in verschiedene Bereiche. Jetzt verdienen andere, die Stadt hat nicht mehr viel zu sagen mit ihren 25,1% Anteilen. Dabei hätte auch sie den Gewinn vom Stromverkauf bitter nötig.

Der Bürgermeister äußerte auf Nachfrage in der SVV am 25.01.2012, dass er das Urteil kenne, aber keinen Grund sehe, die SVV in Kenntnis zu setzen. Für ihn handele es sich nur um ein Protokoll zur Verhandlung.

Der Stadtverordnetenvorsteher kannte das Urteil noch nicht. Nun, wir haben es ihm und allen anderen Stadtverordneten ja jetzt zur Kenntnis gegeben.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende

Spruch des Monats

»Die Wahrheit gilt auch dann schon,
wenn sie noch keiner erkennt.«

Udo Lindenberg

Einstürzende Neubauten



Nachdem das Weihnachtsfest mit geschmackvollem Bauschutt in der Berliner Straße verziert wurde, folgt nun in der Januarsitzung der Stadtverordnetenversammlung der Beschluss zum weiteren Stadtabriss.

Gegen die Stimmen der LINKEN und eines weiteren Abgeordneten beschloss die Mehrheit, in den kommenden Jahren den Abriss ungebremst fortzusetzen. Als nächstes werden die Blöcke in der Amtstraße fallen und endgültig das Stadtbild verschandeln, danach wird dann hinter der Kirche abgerissen. Forst wird dann den ersten, von allen Seiten offenen Markt-

platz haben. Endlich wieder eine neue Attraktion im Goldschmidt'schen Sinn. Und sollte der alte Graf Brühl mal aus der Gruft steigen, kann er ja gleich bis zu seiner Schlossruine in Brody blicken. So hat doch jeder Irrsinn auch noch was Gutes. Unser Ziel war es, den Abriss in der Amtstraße solange zu stoppen, bis eine Bebauung mit altersgerechtem Wohnraum wirklich gesichert wäre, dies fand natürlich bei den anderen Fraktionen keine Zustimmung. Endlich kann man sich mal so richtig an den Hinterlassenschaften des Sozialismus austoben. Übrigens, Schuld an der Misere sind natürlich die Leute, die in den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts diese Plattenbauten errichtet haben. So jedenfalls die Lesart in der CDU-Fraktion. ➤ S. 2

Schorschels Stadtgeflüster

Ein Hallöchen euch allen, die ihr dies Blättchen endlich wieder in den Händen halten könnt!

Das Kältezittern ist hoffentlich vorbei, ich selbst zittere nur noch vor Freude. Wir haben es geschafft, endlich! Fast jedes dritte Kind bei uns lebt und wächst in Armut auf. Darauf können wir doch mal stolz sein, auch wenn die Zahlen leider noch nicht ganz an den Durchschnitt im Osten heranreichen. Aber, was nicht ist, kann ja noch werden, also weiter so! Wer hätte vor 25 Jahren zu hoffen gewagt, dass wir das schaffen! Zwischendurch hatte ich schon Angst, dass was dagegen unternommen wird, aber zum

Gluck stehen zurzeit der tote Graf Brühl und der gar nicht so tolerante Fritz im Blickpunkt unsres Gemeinwesens. Man sollte dankbar sein und nicht so undankbar wie zum Beispiel die Forster Bürger, die am 01.02. der Einladung der Stadtverwaltung in den Forster Hof folgten. Statt wie vorgesehen über den Einsatz von Gänseblümchen oder Veilchen auf den neuen Grünflächen zu diskutieren, ging es nur um Abriss, Umzug, Abriss, Umzug ...! Ist das nicht frech, da werden die Bürger an der Gestaltung ihrer Stadt beteiligt, zumindest hinterher, und diese nutzen das nicht und beschäftigen sich mit ihren eigenen Problemen. Da muss ja die Verwaltung die Lust verlieren. Nur gut, dass die Werbung für unsere Stadt und ihre Rosenschau besser läuft. Sie kennen doch das Werbeschild auf der Autobahn am Berliner Ring:

»Besuchen Sie Forst (Lausitz), solange es noch steht!«

Tschüss, Euer *Schorschel*

Einstürzende ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Wir hatten im Laufe der Diskussion mehrere Vorschläge gemacht, u.a. schlugen wir den Bau der Bibliothek mit Archiv am Markt vor. Leider wurden solche Ideen durch die Mehrheit der SVV immer wieder abgelehnt. Wie konzeptionslos dies alles ist, erkennt man daran, dass der Bürgermeister erst unser Konzept ablehnt und es als undurchführbar charakterisiert, um anschließend im Interview mit der Lausitzer Rundschau einen Neubau an der Südseite des Marktes für wichtig zu erklären. Die SPD hatte auch noch ein paar Ideen zum Stadtabriss. Sie wollen den Block in der Mühlenstraße stehen lassen und dafür Am Haag abreißen. Dieser Antrag fand natürlich eine Mehrheit. Die betroffenen Bürger in den Blöcken Am Haag werden sich sicher freuen. Wie üblich hat man sie natürlich nicht gefragt. Aber keine Sorge, dieser Abriss kommt erst 2016 und bis dahin lässt sich noch genug Schaden an anderer Stelle anrichten. Nachdem die Entscheidungen gefallen sind, durften am 01. Februar die Bürger wieder mal über den sogenannten Stadtumbau diskutieren. Mit demokratischer Mitbestimmung hat dies wenig zu tun, aber wer will das schon bei CDU, SPD und FDP.

Also, liebe Bürgerinnen und Bürger, genießen sie den weiteren Abriss ihrer Stadt, ein Ende ist nicht abzusehen und denken Sie ja nicht, ich wäre sarkastisch.

Ingo Paeschke

Vorsitzender der Fraktion **DIE LINKE** der SVV Forst

Energiekonzept in der Diskussion

Den Entwurf der Landesregierung Brandenburgs für ein neues Energiekonzept diskutierten Genossen und Gäste der LINKEN beim Frühschoppen am Sonnabend, dem 28.01.2012, in der Geschäftsstelle Forst.

Ortsvorsitzende Anke Schwarzenberg stellte am Anfang einige Grundlagen und Kernaussagen des Entwurfs vor. Diese dienten als Ausgangspunkte für einen lebhaften Meinungsaustausch. Sind doch der Spree-Neiße-Kreis und die Stadt Forst von der Entwicklung des Tagebaus und des Kraftwerks Jänschwalde direkt betroffen. Aber auch die Umstellung auf erneuerbare Energien (z.B. Windräder, Fotovoltaik und der Bau neuer Stromleitungen) hat auf viele Menschen unmittelbare Auswirkungen. Ganz zu schweigen vom Strompreis, der für alle bezahlbar bleiben soll. So gingen die Meinungen z.B. zum Tagebau Jänschwalde von »So schnell wie möglich schließen« bis »Vielleicht wird auch der Tagebau Jänschwalde Nord noch gebraucht«. Die einen meinten, dass nur durch den schnellen Ausstieg aus der Braunkohle der nötige Druck auf Politik und Wirtschaft aufgebaut wird, um die Energiewende durchzusetzen, und die anderen wollten die Unwägbarkeiten der neuen Technologien und Leitungssysteme nicht leichtfertig gegen Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit tauschen. Die Dritten sorgten sich nach 20 Jahren Deindustrialisierung, Schulschließung und Wohnungsabriss um die wenigen verblie-

benen Arbeitsplätze. Ein Viertel will auf keinen Fall so einen »Quirl« in Sichtweite seines Hauses stehen haben, und ein Fünftel wehrt sich vehement dagegen, dass seine Heimat abgebaggert und verheizt wird. Einig waren sich alle, dass an der Umstellung auf eine nachhaltige Energieerzeugung kein Weg vorbeiführt, denn alle fossilen Energieträger sind endlich und der Klimawandel muss gestoppt werden. Auf dem Weg dorthin wird es noch viele Diskussionen geben. Zuhören und die Argumente des Anderen überdenken, das haben sich die Teilnehmer der Veranstaltung vorgenommen.

Ulrike Werschnick



Anke Schwarzenberg im Meinungsaustausch mit einem Teilnehmer des Klimacamps von Jänschwalde.

Themenschwerpunkte der AG Soziales für das Jahr 2012

Der Schwerpunkt der Arbeit unserer AG Soziales in Forst wird in diesem Jahr die Umsetzung der UN-Konvention Rechte behinderter Menschen sein. Es ist an der Zeit, dass der Begriff »Inklusion« mit Leben erfüllt wird.

Im Blickpunkt steht dabei die Stadt Forst und ihr Umgang mit dem Forster Verein »unBehindert leben e. V.«, der seit über einem Jahr in einem »Übergangs-

quartier« mit unzumutbaren Arbeitsbedingungen untergebracht ist. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist nicht in Sicht. Aber auch die umliegenden Gemeinden werden unter dem Gesichtspunkt Inklusion betrachtet, denn hier ist offensichtlich die UN-Konvention noch nicht angekommen. Bestes Beispiel dafür ist die Sanierung der Kita in Trebendorf, Gemeinde Wiesengrund,

die nicht barrierefrei erfolgte. — Neben der »Inklusion« wird sich die AG mit den Themen Sozialpass, Drogenpolitik der Linkspartei nach dem Bundestagsbeschluss und Girokonto für jedermann beschäftigen. Auch das Thema Stadtumbau in Forst wird im Jahr 2012 im Zentrum der Arbeit der AG stehen.

Uwe Neuer

Sprecher AG Soziales

Informationen aus der SVV-Sitzung

Mit der Mehrheit von 14 zu 10 Stimmen erhielt der Bürgermeister den Auftrag, Gespräche mit dem Amt Döbern Land zu führen. Worum es dabei gehen soll, bleibt allerdings unklar. Der anwesende Amtsdirektor Quander hält einen solchen Auftrag für überflüssig. Praktische Zusammenarbeit gibt es bereits z.B. bei den Standesämtern, und über eine Eingemeindung von Teilen des Amtes nach Forst oder Spremberg will in den Dörfern keiner reden. Aber vielleicht kann man sich mal zum Kaffee treffen.

Die eingestürzte Decke in der Grundschule Nordstadt und die daraus folgende Reparatur der Decken aller Unterrichtsräume wird mindestens 100.000 € kosten. Dieses Geld wird aus dem städtischen Haushalt kommen müssen, weil das Bauunternehmen natürlich längst Pleite ist. Offen bleibt die Frage, welches Planungsbüro im Auftrag der Stadt für die Bauaufsicht zuständig war, denn nur die baubegleitende Überwachung hätte diese Män-

gel rechtzeitig erkennen können. Bisher hat der Bürgermeister die verantwortliche Firma nicht genannt. Wir werden da dranbleiben, weil sich ein solches Ereignis niemals wiederholen darf.

Der Bürgermeister hatte auf der Internetseite der Stadt erklärt, das Markterkundungsverfahren wäre mit dem Gesundheitsministerium des Landes abgesprochen, dies hat die zuständige Ministerin Anita Tack (DIE LINKE) zurückgewiesen. Auf eine Anfrage im Landtag sagte sie, »... dass die Durchführung eines überregionalen Markterkundungsverfahrens zur weiteren Entwicklung des Krankenhauses nicht mit meinem Haus abgesprochen war und deshalb die Internetseite der Stadt Forst zu korrigieren ist.« Weiterhin stellte sie fest: »Ich setze hier auf eine kluge Entscheidung in der Region, dass öffentliche Krankenhäuser miteinander kooperieren sollen.« Dies entspricht der Auffassung unserer Fraktion, eine Kooperation mit dem Klini-

kum Cottbus bleibt unser Ziel. Herr Goldschmidt war natürlich empört über unsere Recherchen, aber er traute sich dann doch nicht, den Aussagen zu widersprechen.

Die Änderung der Hauptsatzung wurde vom Bürgermeister zurückgezogen. Die Neuausschreibung für den Druck und die Verteilung des Amtsblattes war wohl doch nicht so ordentlich, wie zuvor behauptet.

In der Einwohnerfragestunde wollten die Initiatoren für eine Privatschule in Noßdorf Antworten von der Verwaltung, wie ihr Antrag zur Übertragung des Schulgebäudes bearbeitet wird. Der zuständige Verwaltungsvorstand Zuber erklärte, dass das Schulgebäude zukünftig auch als Hort genutzt werden soll und damit keine Kapazitäten für den freien Träger bis zur Schließung der städtischen Schule vorhanden seien. Über die Nutzung des Hortgebäudes könnte ja ein Antrag eingereicht werden. Die Hinhaltenaktik geht also weiter. Hoffentlich hat der Verein genug Stehvermögen, um diese Auseinandersetzung erfolgreich zu bestehen.

Ingo Paeschke
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst

Lesermeinung



Wie geht es weiter in unserer Stadt?

Nach der Deindustrialisierung des Ostens und infolge sich anschließender geheimnisvoller Machenschaften westlicher und einheimischer Kräfte haben sich auch in unserer Stadt Gegebenheiten entwickelt (rapider Bevölkerungsrückgang), die schwer zu beherrschen sind.

Ohne Fördermittel sind viele Probleme schwer lösbar.

Man ging daran, ein Stadtentwicklungsprogramm zu schreiben, jedoch viele Jahre zu spät.

2005 lag dann erstmals ein Papier vor, das die wesentlichen Bereiche der Stadtentwicklung umfasste. In Bezug auf bauliche Vorstellungen stellten sich die Vorgänge in und um die Wohnungsgenossenschaft, die dann sogar in Insolvenz ging, als ein großes Problem dar. Nach der Übernahme der FWO durch die FWG wurde das Programm (Insek) dann weiter überarbeitet. Es hatte nur einige entscheidende Mängel.

Es wurde im stillen Kämmerlein verfasst, es hatte kaum konkrete Maßnahmen zum Inhalt außer einem detaillierten Abrissplan.

Es wurde als Arbeitsgrundlage in der Stadtverordnetenversammlung durchgepeitscht, ohne dass es vorher bekannt war, dabei unter anderem die Festlegung zum Abriss der Blöcke in der Berliner Straße. Kritiker, insbesondere der LINKEN, wur-

den – auch von den Wortführern der SPD – niedergestimmt.

Als die ersten Abrisse 2011 bekannt wurden und sich große Diskussionen und Beschwerden von Bürgern breit machten, wurde im Mai das überarbeitete Konzept vorgelegt und Versuche einer öffentlichen Diskussion gestartet. Jetzt, im Januar 2012, wurde es mit den bekannten Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Zur konkreten Gestaltung nach dem Abriss sind die Verantwortlichen der Stadt nun endlich gefordert, Vorschläge zu unterbreiten, die diskutiert und durchgesetzt werden können.

Der Aufruf an die Bürger, der gebetsmühlenartig wiederholt wird, ist möglich, kann aber nicht die Arbeit der Verantwortlichen ersetzen, die dafür überaus gut bezahlt werden.

In der gemeinsamen weiteren Arbeit zum Wohle unserer Stadt sind Unwahrheiten und Arroganz fehl am Platze.

Ich persönlich bin überaus traurig, dass sich die Genossen der SPD meist nach allen Seiten »lieb Kind« machen, nämlich erst bestimmte Sachen unkritisch mit beschließen, um dann wetterwendisch die Argumente der Kritiker als ihre eigenen auszugeben.

Übrigens, eine große Anzahl der Bürger, deren Wohnung 2012 abgerissen wird, wissen das bisher nur aus der Zeitung! Mit ihnen wurde bisher noch nicht gesprochen. Wenn nicht noch zusätzlich Bürger aus der Stadt getrieben werden sollen, ist eine qualifizierte Antwort auf die eingangs gestellte Frage dringend erforderlich.

Ein »Stadtumbauplan«, mit dem ein ganzes Stadtzentrum beseitigt und zur Grünanlage »umgestaltet« wird, ist einmalig!!!

W. Krüger



Am Gedenktag für die Opfer des Faschismus (27. Januar) legten Vertreter der LINKEN in Forst am Mahnmahl auf dem Platz des Friedens Blumen nieder.

Wieder Rechtsberatung der AG Soziales

Ab dem Monat Februar 2012 bietet die AG Soziales innerhalb der LINKEN Forst wieder eine monatliche Rechtsberatung über einen Rechtsanwalt an. Dabei umfasst diese Rechtsberatung mehr als nur die Themen Hartz IV und Aufstocker, sondern alles was mit dem Begriff Sozialrecht beschrieben werden kann.

Der erste Termin der Rechtsberatung ist der **18.02.2012** um 14:00 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN in Forst, Berliner Straße 22.

Die Beratungssprechstunde am Montag bleibt unverändert erhalten. In der Sprechstunde können Voranmeldungen zur Rechtsberatung vorgenommen werden.

Andreas Beckmann
AG Soziales

Newsletter

V-Leute stärken die rechtsextreme Szene

Bundesinnenminister Friedrich (CSU) will laut Medienberichten an der V-Leute-Praxis in der NPD festhalten. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

»V-Leute sind vom Staat gekaufte Informanten und bezahlte Täter. Sie sind keine Lösung des Problems, sie stärken die rechtsextreme Szene. Hinzu kommt: Solange der Bundesinnenminister und die CDU/CSU an der V-Leute-Praxis festhält, garantieren sie der NPD das Parteien-Privileg.« 22.01.2012

Ministerin Schröders Extremismus-Klausel ist a-demokratisch

Familienministerin Schröder (CDU) rechtfertigt gegenüber Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) die geheimdienstliche Überwachung der LINKEN. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

»Niemand muss Frau Schröder überwachen, um ihre a-demokratischen Züge zu erkennen. Da reicht ein Blick in ihre ‚Extremismus-Klausel‘. Genauso wenig muss man LINKE observieren, um deren demokratische Ziele zu erfassen. Da reicht ein Blick ins Parteiprogramm. – Wobei ich einräume: Die ‚Extremismus-Klausel‘ erschließt sich sofort als a-demokratisch. Für das Programm der LINKEN braucht man Muße.« 28.01.2012

Die Diskussion zum Einsatz erneuerbarer Energien hat auch Wiesengrund, speziell Jethé, erreicht. Dazu stellte die Firma WSB aus Dresden eine Planungsidee zur Erstellung eines Windparks vor.

Dieser Plan beinhaltet den Bau von insgesamt 12 Windenergieanlagen (WEA), davon etwa 7 WEA in der Gemarkung Jethé, die restlichen auf dem Gebiet des Amtes Neuhausen in Sergen. Eine Besonderheit dabei ist, dass dieser Windpark in den Wald gebaut werden soll. In der Vergangenheit war der Bau eines Windparks in Bahren in die Kritik geraten und auf Widerstand gestoßen, weil eben dieser auch in den Wald gebaut werden sollte. Nun besteht die Anlagenmenge nicht in vergleichbarer Größe, denn in Bahren soll-

ten insgesamt etwa 50 Anlagen entstehen. Dennoch müsste eine gewisse Waldfläche gerodet werden, denn pro WEA werden ca. 0,5 bis 1 ha Fläche benötigt. Die Firma WSB garantiert den Ersatz der gefällten Bäume in Form einer Ausgleichspflanzung an anderer Stelle. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass diese Planungsidee noch keinen Eingang in den Regionalplan gefunden hat und vom regionalen Planungsgremium noch keine Zustimmung vorliegt. In einer angeregten und konstruktiven Diskussion der Einwohnerinnen und Einwohner wurden das Pro und Kontra zum Windpark dargelegt. Der Ortsbeirat hatte sich bereits im Vorfeld dazu verständigt, diesem

Vorhaben grundsätzlich positiv gegenüberzustehen, aber immer betont, nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger zu entscheiden. Am Ende des Diskussionsabends wurde darin Übereinstimmung erzielt, dass man einem Windpark grundsätzlich zustimmen könnte, wenn der in der Planung festgelegte Standort der WEA im Sinne der Einwohner geändert werden würde. Man war sich am Ende einig, dass der Einsatz erneuerbarer Energien zur Stromgewinnung nicht immer problemlos ablaufen wird, dieser aber notwendig ist, um einen mittelfristigen Energiesystemwechsel zu vollziehen.

Andreas Beckmann
Ortsvorsteher Jethé/Smarso

NEUES aus Wiesengrund

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22
Mi., 15.02.: 18.30 Uhr AG »Soziales«
Di., 21.02.: 18.30 Uhr Ortsvorstandssitzung
Mo., 05.03.: 18.30 Uhr AG Malxeblatt
Di., 13.03.: 18.30 Uhr Sitzung Stadtfraktion

Sicher ist sicher

Nach allem, was bis jetzt über V-Leute bei der NPD bekannt ist, wäre es wohl eher ungünstig, wenn man sie abzieht. Dann wüsste nämlich niemand mehr, wo sie sich aufhalten und was sie anstellen. WL

Aus »Eulenspiegel« Nr. 2/12

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
der MdB DIE LINKE, Wolfgang Nešković,
lädt wieder Interessierte ein zum
Besuch in den Deutschen Bundestag.
1-Tagesfahrten am 07.03. und 21.03.2012
2-Tagesfahrten am 28./29.11. und am
12./13.12.2012
Interessierte melden sich bitte
in unserer Geschäftsstelle.
Dort erhalten Sie alle näheren Informationen.



Aus »Eulenspiegel« Nr. 1/12

Geburtstag

13.02.: 70 Jahre Erika Schmotz
19.02.: 78 Jahre Wolfgang Noack
28.02.: 80 Jahre Gerda Kluge,
25.02.: 84 Jahre Helga Schahn
05.03.: 60 Jahre Gabriele Otto
11.03.: 63 Jahre Gudrun Lacase
10.03.: 72 Jahre Peter Weidner
08.03.: 82 Jahre Horst Rubin

Herzlichen Glückwunsch,
unseren Jubilaren, auch all jenen,
die hier nicht genannt sind!

Rechenwunder

Wenn Ursula von der Leyen weiter die Statistiken schönrechnet, müssen wir bald Arbeitslose importieren. Anschließend wechselt sie ins Verkehrsministerium, um die Verkehrstoten auf Null zu bringen. DW

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.